

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidi Lippmann-Kasten, Petra Pau
und der Fraktion der PDS**

Die Traditionsverbände und der Rechtsextremismus

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage „Der Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 1998“ (Antwort: Drucksache 14/1074) führte die Bundesregierung aus, daß der Verfassungsschutzbericht keinen erschöpfenden Überblick über alle extremistischen Strömungen, Veröffentlichungen, Organisationen und Personen“ gebe, sondern nur „wesentliche Erkenntnisse“ vermitteln und Zusammenhänge bewerten würde. Auch befürchtet die Bundesregierung durch eine Offenlegung des gesamten Beobachtungsspektrums einen „Warneffekt“, der die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden erschweren würde.

Trotzdem stellt die Bundesregierung fest, daß der Bericht als eine „Orientierungshilfe für die geistig-politische Auseinandersetzung gedacht“ sei (Antwort der Bundesregierung vom 19. Mai 1999 auf Drucksache 14/1074, Vorbemerkung).

Dem Anspruch einer Orientierungshilfe für die politische Auseinandersetzung wird die Bundesregierung mit dem Verfassungsschutzbericht aber nicht gerecht. So läßt die Bundesregierung in ihrem Bericht beispielsweise den ganzen Komplex der militaristischen Traditionsverbände der NS-Wehrmacht aus.

Dies betrifft u. a. die Verbände, die die ehemalige Waffen-SS bildeten und die in den 80er Jahren von der damaligen Bundesregierung aus dem Verfassungsschutzbericht herausgenommen worden waren. Hierbei handelt es sich vor allem um den „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS – Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG).

Dies betrifft aber auch Verbände, die alle mehr oder weniger rechtsextrem durchsetzt sind und in ihren Publikationsorganen geschichtsrevisionistisches und rechtsextremes Gedankengut, wie die „Kriegsschuld-Lüge“, die „Umerziehung“ etc. verbreiten.

Zu nennen wären hier u. a.:

- „Deutscher Luftwaffenring“ (Siegfried Jäger [Hrsg.], Rechtsdruck. Die Presse der neuen Rechten, Berlin/Bonn 1988, S. 75)
- „Bund ehemaliger deutscher Fallschirmjäger“ (Kurt Hirsch, „Rechts von der Union“, München 1989, S. 231 f.)
- „Verband deutsches Afrika-Korps“ (Kurt Hirsch, a. a. O., S. 245)

- „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e. V.“
- „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände“
- „Verband deutscher Soldaten“ (VdS)
- „Ring deutscher Soldatenverbände“ (RDS)

Gerade die letztgenannten drei Traditionsverbände sind besonders mitgliederstark.

Der VdS wurde 1951 in Bonn von 50 Vertretern verschiedener Soldatenbünde gegründet. Die wichtigsten Vereinigungen, die sich hier zusammenschlossen, waren: Deutscher Soldatenbund, Schutzbund ehemaliger deutscher Soldaten, Organisationen der Kraftfahrtruppen, Traditionsgemeinschaft Großdeutschland und Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten; hinzu kamen Vertreter der Waffen-SS und 1954 schloß sich der Kyffhäuserbund an, der aber seine Selbständigkeit weiterhin behielt (Kurt Hirsch, a. a. O., S. 245 ff.). 1962 schloß sich dem VdS der Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS an (Richard Stöss, a. a. O., S. 129).

Kurt Hirsch verweist darauf, „daß weder der VdS als Gesamtverband noch seine Funktionäre, noch die mit ihm sympathisierenden Politiker sich von Hitlers Angriffskriegen distanziert haben“ (Kurt Hirsch, a. a. O., S. 248).

Der VdS soll gegenwärtig über 80 000 Mitglieder verfügen. Er hat in jedem Bundesland Landesverbände. Die Zeitung des VdS ist „Soldat im Volk“. 1987 wurde der ehemalige Bundeswehr-Generalmajor Dr. J. S. zum Bundesvorsitzenden gewählt. Dr. J. S. ist u. a. Autor in der geschichtsrevisionistischen und revanchistischen Zeitung „Der Schlesier“ und Verfasser der Bücher „Waren wir Täter? Gegen die Volksverdummung in unserer Zeit“ (Türmer Verlag) und „Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden“. Auch erschien von ihm der Artikel „So ‚bewältigt‘ man . . .“ in den neofaschistischen „Nachrichten der HNG“ (Nachrichten der HNG, März 1997, Nr. 194, S. 15 bis 17).

Nur ein Beispiel soll seine Nähe zum Hitler-Faschismus unterstreichen. Der Bundesvorsitzende des VdS schreibt in „Soldat im Volk“ über einen Vortrag Hitlers vor der Generalität der Wehrmacht:

„Am 3. Februar 1933 trug Hitler im Hause des Chefs der Heeresleitung einem großen Kreis dort versammelter Generale und Admirale seine Ansichten für die nächste Zukunft vor, und zwar als seine Ziele:

- Wiedergewinnung der politischen Macht,
- Ablehnung des Pazifismus,
- Gegnerschaft zum Marxismus,
- Bekämpfung des Versailler Vertrages,
- Förderung des Wehrwillens,
- Aufbau einer starken Wehrmacht,
- Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und, was besonders erwähnenswert ist,
- die Belassung der Wehrmacht in ihrer überparteilichen Rolle sowie die Überlassung der innenpolitischen Auseinandersetzungen an die NS-Organisationen.“ (SiV 3/98, S. 63).

Enthüllend – für seine eigene geistige Haltung – schreibt Dr. J. S. weiter: „Das waren Ziele und Vorstellungen, die auch die überwiegend konserva-

tive Generalität durchaus mittragen konnte. Viele ausländische und deutsche Politiker und Historiker haben bis heute den Versailler Vertrag als Grundübel bezeichnet, das weitgehend für die negative politische Entwicklung und der Welt verantwortlich war. Wie kann man es dann deutschen Generalen und Admiralen verübeln, wenn sie 1933 die Bekämpfung jenes unseligen Vertrages erfreut zur Kenntnis nahmen?“ (ebenda).

Ein weiterer Dachverband der Militaristenverbände ist die „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände“. Diese Arbeitsgemeinschaft begreift sich als „Kampf- und Notgemeinschaft“, die als eines ihrer Hauptziele die Verbreitung der „geschichtlichen Wahrheit über die Kriegsgeneration“ benennt (so die Arbeitsgemeinschaft in einem Faltblatt ohne Jahresangabe).

In ihrer Zeitung „Kameraden“ (früher „Alte Kameraden“) veröffentlichen neben ehemaligen Mitgliedern der Waffen-SS auch namhafte Geschichtsrevisioisten und Rechtsextremisten.

In der Dezember-Ausgabe 1996 findet sich beispielsweise der Nachdruck eines Artikels von D. S. (Kapitän zur See), der charakteristisch für die Ausrichtung dieser Zeitung und auch ihrer engen Verbindung zur Bundeswehr ist. Unter der Überschrift „Ein mutiges Bekenntnis wider den Zeitgeist“ wendet sich der Autor vor allem gegen die „Kriminalisierung“ der deutschen Geschichte: „Wer die Geschichte eines Volkes kriminalisiert, macht es krank. Kein Volk verträgt es, wenn es nur an den dunklen Seiten seiner Geschichte gemessen wird“ (Kameraden 12/96, S. 8).

Vor dem Hintergrund der rechtslastigen Ausrichtung dieser Traditionsverbände der ehemaligen NS-Wehrmacht ist es auch kein Wunder, daß ihr Hauptbetätigungsfeld, wie im gesamten rechtsextremen Spektrum auch, der Kampf gegen die Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ ist.

Die rechtsextreme Durchsetzung der Traditionsverbände hat Eingang in die wissenschaftliche Literatur über den Rechtsextremismus gefunden. Autoren wie Richard Stöss, Kurt Hirsch, Siegfried Jäger, Jens Mecklenburg etc. haben auf die rechtsextreme Durchdringung dieser Verbände hingewiesen.

Aber auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte 1998 in der Kleinen Anfrage „Soldatische Traditionsverbände und ihre Beziehungen zur Bundeswehr“ (Drucksache 13/10593) auf deren rechtsextreme Durchdringung hingewiesen.

Die Bundeswehr unterhält teilweise enge Kontakte zu den Traditionsverbänden. Regelmäßig finden Treffen, Kameradschaftabende oder Ehrenmalfeiern statt, an denen Bundeswehr und Traditionsverbände beteiligt sind.

Wenn man, wie die Bundesregierung, im Verfassungsschutzbericht derartige bedeutsame Prozesse am rechten Rand der Gesellschaft außer acht läßt, und den Rechtsextremismus nur auf militante Nazigruppierungen und die Wahlparteien NPD, DVU und REP reduziert, dann kann man die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht vollständig erfassen. Dann kann man auch keine Aufklärung darüber betreiben, wie Rechtsextremisten versuchen, über Traditionsverbände auch auf die Bundeswehr einzuwirken.

Dafür kann man dann aber bei der Beantwortung Kleiner Anfragen unbekümmert behaupten: eine „unterstellte Massenwirksamkeit von rechtsex-

tremistischen Kampagnen konnte nicht festgestellt werden.“ (Antwort der Bundesregierung vom 19. Mai 1999, Drucksache 14/1074).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über eine eventuelle rechtsextreme Durchdringung der „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände“ vor?
2. Liegen der Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über die Zeitung „Kameraden“ (früher „Alte Kameraden“) der „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände“ vor, und wenn ja, welche?
3. Wurden Ausgaben der Zeitung „Kameraden“ bzw. „Alte Kameraden“ ausgewertet?
 - a) Wenn ja, welche Jahrgänge, und zu welchen Ergebnissen hat diese Auswertung geführt?
 - b) Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über eine eventuelle geschichtsrevisionistische Ausrichtung der „Kameraden“ bzw. „Alte Kameraden“ vor?
 - c) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung bezüglich einer rechtsextremen Durchsetzung und Beeinflussung der „Kameraden“ (früher „Alte Kameraden“) und der „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände“ daraus gezogen, daß diese Organisation und ihre Zeitung in der wissenschaftlichen Literatur über Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland Erwähnung findet (vgl. z. B. Siegfried Jäger [Hrsg.], Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten, Bonn 1988, S. 75)?
 - d) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung bezüglich einer eventuellen rechtsextremen Durchdringung der „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände“ aus der Tatsache gezogen, daß diese Organisation und ihre Zeitung auch von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag als geschichtsrevisionistisch ausgerichtet angesehen werden (vgl. Kleine Anfrage „Soldatische Traditionsverbände und ihre Beziehungen zur Bundeswehr“, Drucksache 13/10273)?
4. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über eine rechtsextreme Ausrichtung des „Ring Deutscher Soldatenverbände“ (RDS) vor, und wie viele Mitglieder hat der RDS?
5. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über eine rechtsextreme Ausrichtung des „Verbandes deutscher Soldaten“ (VdS) vor, und wie viele Mitglieder hat der VdS?
6. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zeitung „Soldat im Volk“ des VdS und RDS vor?
 - a) Wurde die Zeitung „Soldat im Volk“ ausgewertet, und wenn ja, welche Jahrgänge/Ausgaben und zu welchen Ergebnissen ist man dabei gekommen?

- b) Liegen der Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Kenntnisse über eine geschichtsrevisionistische Ausrichtung von „Soldat im Volk“ vor?
- c) Wie hoch ist die Auflage von „Soldat im Volk“?
- d) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung bezüglich einer Auswertung der Zeitung „Soldat im Volk“ bzw. des VdS und RDS aus der Tatsache gezogen, daß diese in der wissenschaftlichen Literatur über Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland Erwähnung finden (vgl. Siegfried Jäger [Hrsg.], Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten, Bonn 1988, S. 75)?
- e) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus der Tatsache gezogen, daß auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, den VdS, den RDS und die von ihnen herausgegebene Zeitung „Soldat im Volk“ als rechtsextrem durchsetzt einschätzt (vgl. Kleine Anfrage „Soldatische Traditionsverbände und ihre Beziehungen zur Bundeswehr“, Drucksache 13/10273)?
- f) Wie bewertet die Bundesregierung angesichts möglicher Auswirkungen auf die Bundeswehr die in „Soldat im Volk“ vertretenen Traditionsauffassungen?
- g) Teilt die Bundesregierung die Bewertung, daß die in „Soldat im Volk“ vertretene Traditionsauffassung darauf hinausläuft, die Wehrmacht pauschal für traditionswürdig zu erklären, und daß dies im Widerspruch zu den Festlegungen des Traditionserlasses von 1982 steht?
- Wenn ja, in welcher Weise vertritt die Bundeswehr die gültige Traditionsauffassung gegenüber den Traditionsverbänden?
- h) Welche Traditionsverbände der Waffen-SS gehören zum VdS und zum RDS?
7. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse liegen der Bundesregierung über eine rechtsextreme Durchsetzung des „Verbandes deutsches Afrika-Korps“ vor?
8. Liegen der Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über die Zeitung „Oase“ des „Verbandes deutsches Afrika-Korps“ vor?
- a) Wenn ja, welche?
- b) Wurden Jahrgänge bzw. Ausgaben der „Oase“ ausgewertet, und wenn ja, welche?
- c) Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über eine eventuelle geschichtsrevisionistische Ausrichtung der „Oase“ vor?
- d) Wie hoch ist die Auflage der „Oase“?
9. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über eine eventuelle rechtsextreme Ausrichtung des „Deutschen Luftwaffenrings“ vor?
10. Liegen der Bundesregierung eventuelle verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über die Zeitung „Luftwaffen-Revue“ des „Deutschen Luftwaffenrings“ vor?

- a) Wenn ja, welche?
 - b) Wurden Ausgaben der „Luftwaffen-Revue“ ausgewertet, und wenn ja, welche Jahrgänge und Ausgaben?
 - c) Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über eine eventuelle geschichtsrevisionistische Ausrichtung der „Luftwaffen-Revue“ vor?
 - d) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung bezüglich einer eventuellen rechtsextremen Ausrichtung der „Luftwaffen-Revue“ bzw. des „Deutschen Luftwaffenrings“ u. a. daraus gezogen, daß diese Organisation und ihre Zeitung in der wissenschaftlichen Literatur über Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland Erwähnung finden (vgl. Siegfried Jäger [Hrsg.], Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten, Bonn 1988, S. 75)?
11. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den „Bund ehemaliger deutscher Fallschirmjäger“ vor?
 12. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den „Kyffhäuserbund“ und seiner Zeitung „Kyffhäuser“ vor (Bernd Wagner [Hrsg.], Handbuch Rechtsextremismus, Reinbek 1994, S. 64 ff.)?
 - a) Erhält der „Kyffhäuserbund“ Mittel aus dem Bundeshaushalt, und wenn ja, in welcher Höhe (bitte für die letzten zehn Jahre nach Höhe, Zuwendungsgeber und Verwendungszweck auflisten)?
 - b) Wie viele Mitglieder hat der „Kyffhäuserbund“, und wie hoch ist die Auflage der Zeitung „Kyffhäuser“?
 13. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. – Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ und die Zeitung „Der Freiwillige“ vor?
 14. Welche Versuche sind der Bundesregierung von rechtsextremen Organisationen und deren Vorfeldorganisationen bekannt, systematisch
 - in die Traditionsverbände und
 - in die Bundeswehr hineinzuwirken?
 15. Welche Kontakte unterhalten Einrichtungen der Bundeswehr (Standorte, Einheiten etc.) mit der „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände“, dem RDS, VdS und anderen Traditionsverbänden der NS-Wehrmacht (bitte die einzelnen Anlässe, gemeinsame Treffen, Benutzung der Einrichtungen der Bundeswehr etc. einzeln auflisten)?
 16. An welchen Bundeswehrstandorten haben einzelne dieser Traditionsverbände regelmäßige Treffen und eigene Räumlichkeiten (bitte einzeln nach Standort, Art des Treffens, wie Wettschießen etc., auflisten)?
 17. In welchen Fällen wurden in den letzten fünf Jahren wegen geschichtsrevisionistischer Äußerungen/Aktivitäten und Verstöße gegen den Traditionserlaß in Einrichtungen der Bundeswehr gegen Traditionsverbände der Wehrmacht vorgegangen?

18. Weshalb sind Erkenntnisse über eine eventuelle rechtsextreme Durchsetzung dieser oben aufgeführten Traditionsverbände der NS-Wehrmacht und ihrer Publikationsorgane sowie über die Versuche von Rechtsextremisten, auf diese Verbände Einfluß zu nehmen, nicht in den Verfassungsschutzbericht 1998 eingeflossen?
19. Wie sollen sich Soldaten und Offiziere anhand des Verfassungsschutzberichts über derartige Bestrebungen informieren können?
20. Hat es unter der neuen Bundesregierung einen neuen Umgang mit den Traditionsverbänden der Wehrmacht gegeben, und wenn ja, worin drückt sich dies aus?

Bonn, den 21. Juni 1999

Ulla Jelpke

Heidi Lippmann-Kasten

Petra Pau

Dr. Gregor Gysi und Fraktion